

*Jede Gesellschaft sucht sich ihren Repräsentanten, die Regierung wiederum sucht die Gesellschaft zu formen.*

*Wolfram Bickerich*

## Lehrstück Koalitionswechsel

Der am ersten Oktober vollzogene Koalitionswechsel in Bonn war in mehr als einer Hinsicht ein *Lehrstück*. Gemeint ist damit nicht der Wechsel selbst mit der Kanzlerwahl durch das konstruktive Mißtrauensvotum, der trotz der Gespaltenheit des Koalitionspartners Freie Demokraten eher wie selbstverständlich und fast geschäftsmäßig vor sich ging – sondern das, was der *Wille zum Wechsel* und sein politischer Vollzug an *politischen Sachverhalten* und Haltungen zutage gefördert hat. Daß es dabei zu beträchtlichen *Turbulenzen* kam, ist nicht verwunderlich, auch nicht, daß diese die Stimmungen in der Bevölkerung hochpeitschten und in schwer kalkulierbarer Weise Einfluß auf das Wählerverhalten nahmen. Das konnte bei einem Regierungswechsel mitten in der Legislaturperiode nicht anders sein, zumal einem solchen Wechsel trotz klarer Verfassungslage fast von selbst der Geruch der Desavouierung des Wählers anhaftet.

### Ein offengelegter Konflikt

Aber die Turbulenzen rings um den Koalitionswechsel haben beträchtliche Ungereimtheiten an den Tag gebracht, die einiges über die *politische Bewußtseinslage* im Lande aussagen. Dabei kam manches schlagartig offen zum Vorschein, was lange verdeckt war, und anderes, was längst klar zu sein schien, hatte plötzlich keine oder nur noch halbe Geltung. Die größte, wenn vielleicht auch vordergründigste Ungereimtheit war das scheinbar ungekünstelte Erstaunen über das Ende der Koalition bzw. über die Bildung einer neuen, obwohl sich diese Entwicklung fast schon seit Beginn der Legislaturperiode, spätestens aber seit den Haushaltsauseinandersetzungen im Sommer 1981 abzeichnete und seit Sommer dieses Jahres praktisch zwangsläufig wurde.

Die Entwicklungen zwischen den Koalitionspartnern und innerhalb der Parteien der sozialliberalen Koalition gestalteten sich bereits in der Legislaturperiode 1976–1980 so, daß das Ende der Koalition angesichts der ständig stei-

genden bzw. sich wiederholenden Schwierigkeiten in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und der immer unwirksamer werdenden Klammer in der Außenpolitik absehbar wurde. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn man feststellt, daß die Koalition ihre Weiterexistenz schon damals neben den hohen Hindernissen für einen Koalitionswechsel innerhalb der Freien Demokraten dem *Verhalten der Oppositionsparteien* bzw. deren Zerstrittenheit wegen ihrer politischen Führung im Bund, genauer der politischen Demontage des Unionskanzlerkandidaten von 1976 verdankte, die dann 1980 in der Kanzlerkandidatur von Strauß mündete. Die Niederlage von Strauß bei den Bundestagswahlen 1980 entlastete in ihrer Wirkung nicht nur das Verhältnis zwischen den Unionsparteien, sondern machte den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union auch als *Bindemittel* der sozialliberalen Koalition unbrauchbar. Damit entfiel der von außen gelieferte *psychologische Zwang zur Geschlossenheit*; die inneren Gegensätze innerhalb der und zwischen den Koalitionsparteien konnten sich nun, zumal die schwieriger gewordenen Sachfragen reichlich Gelegenheit dazu boten, ungehemmter auswirken.

Es war ein besonderer *Schwachpunkt* in der Argumentation der Freien Demokraten bis in die letzten Wochen vor deren Berliner Parteitag, daß sie als Grund für den Koalitionswechsel fast ausnahmslos den Münchner Parteitag der Sozialdemokraten im April dieses Jahres und dessen etatistische, in wichtigen Punkten antimarktwirtschaftliche sozial- und wirtschaftspolitische Beschlüsse angeführt haben und nicht die Kraft aufbrachten, die schon in die letzte Legislaturperiode zurückreichenden und in den gegenwärtig sich verschärfenden Gegensätzen innerhalb der Sozialdemokraten und zwischen der SPD als Partei und Helmut Schmidt als Kanzler bloßzulegen. Dieses Zögern war scheinbar um so unverständlicher, als schon seit Monaten, wenn nicht seit Jahren alle Welt darüber redete und schrieb. Verwunderlich ist es dennoch nicht. Denn die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei hatten den Umstand verdeckt,

daß die Freien Demokraten fast genauso wie die Sozialdemokraten aus zwei gegensätzlichen Flügeln mit stark differierenden politischen Zielsetzungen bestanden, wenn nicht gar aus zwei unterschiedlichen, nur scheinbar durch den politischen Erfolg der Gesamtpartei integrierten Parteien. In dem Moment, in dem die Koalition nicht mehr zu halten war, der Wechsel für den einen Teil der Partei *aus sachpolitischen Gründen* unaufschiebbar wurde, mußte dieser Gegensatz mit allen Folgen offen zutage treten.

Das *Hinauszögern der Offenlegung der tatsächlich bestehenden Gegensätze* hat lange den Erfolg der Freien Demokraten erleichtert, zugleich aber über die wirklichen Verhältnisse in der Partei hinweggetäuscht – in der Wählerschaft übrigens ebenso wie in den Parteikadern – und damit einen in der Sache plausibel, wenn nicht unausweichlich gewordenen Koalitionswechsel über den für die Freien Demokraten günstigsten Augenblick hinaus verschoben. Die Parteiführung konnte den Wechsel nicht wagen, weil sie wissen mußte, daß es in Fraktion, Partei und freidemokratischer Wählerschaft eine minderheitliche, aber doch beträchtliche Strömung gab, für die sowohl aus Prinzip wie aus Gründen der politischen Konjunktur – man könnte auch sagen auf Grund des *Lebensgefühls* – nicht nur die Befürwortung der sozialliberalen Koalition selbstverständlich war, sondern das Bekenntnis zu dieser Koalition eine Art Glaubensbekenntnis darstellte.

Für diese Sozialliberalen war nicht nur das Maihofersche „historische Bündnis“ zwischen freisinnigem Bürgertum und der Arbeiterschaft – was immer darunter zu verstehen war – selbstverständlich geworden, dieser Flügel lebte im Grunde aus den gleichen politischen Vorstellungen wie der radikalsozialistische Flügel in der sozialdemokratischen Partei, außer daß man radikalliberal sein und das Etikett „sozialistisch“ sich nicht anheften wollte. Aber im Politik- und Demokratieverständnis, auch in der gefühlsmäßigen Verschiebung der Präferenzen vom repräsentativen System zu Formen der Basisdemokratie, wie sie sich bei Teilen der Sozialdemokratie und bei den Grünen abzeichnen, gibt es *erkennbare Überzeugungsverwandtschaften*.

Von daher ergeben sich auch beträchtliche Berührungspunkte bei der Setzung von Schwerpunkten in Sachfragen. Trotz erkennbarer marktwirtschaftlicher Grundüberzeugungen haben für diesen Flügel auch in der gegenwärtig sich abzeichnenden Wirtschaftskrise Vorgaben einer emanzipatorischen und partizipativen Gesellschaftspolitik Vorrang vor finanzwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnungspolitik.

Daß solche Strömungen in die neue Koalition schwer integrierbar sind, leuchtet ein, damit auch das Zögern der freidemokratischen Führung, den Koalitionswechsel zu wagen. Da er nun trotzdem vollzogen ist, hat er zumindest den Vorteil, diese Verwerfung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft für alle sichtbar aufgedeckt zu haben. Wie die Freien Demokraten politisch und parteiorganisatorisch damit fertig werden, bleibt offen. Sicher ist, daß die Freien Demokraten in Bund und Ländern künftig sich nur behaupten werden können, wenn sie

nicht nur koalitionspolitisch, sondern programmatisch zu einer *übereinstimmenden Linie* finden werden. Das wird ohne Abspaltung von Teilen der Partei und der Wählerschaft nicht gehen.

## Eine starke oder eine schwache sozialliberale Ära?

Über der Offenlegung dieses Grundkonflikts bei den freien Demokraten sind andere politische Verwerfungen im Stimmungsbild des Koalitionswechsels eher verdeckt worden. Das gilt für den *gegenwärtigen Zustand der Sozialdemokratischen Partei*, die sich in ihrem Wählerpotential auf Grund der für sie zeitlich günstig plazierten Hessen- und Bayernwahlen und durch eine ebenso gekonnte wie bedenkenlose Strategie des bisherigen Bundeskanzlers neu festigen konnte, aber ihre internen Konflikte ebenfalls noch wird austragen müssen, besonders dann, wenn sie den in sich *notwendigen Versuch der Integration der grünen Wählerschaft* in die eigene politische Strategie ernsthaft unternimmt. Vermutlich wird sich erst dann zeigen, wie schwer tatsächliche und vor allem regierungsfähige Mehrheiten in diesem Spektrum zu erreichen sind.

Mehr verdeckt als geklärt wurde durch den Koalitionswechsel aber auch die *politische Substanz* der nach dreizehn Jahren zu Ende gegangenen sozialliberalen Koalition. Diese hat, wie immer man sie im einzelnen beurteilt, zweifellos Leistungen aufzuweisen, die nicht nur aus der Sicht der Koalitionsteilhaber Erfolge waren, sondern die die Gesellschaft der Bundesrepublik geprägt und verändert haben. Dabei kann man – von der inhaltlichen Wertung ganz abgesehen – offenlassen, ob beispielsweise die *einschneidenden rechtspolitischen Reformen*, nicht nur im Ehe- und Familien-, sondern im Straf- und Strafvollzugsrecht, mehr auf die Entschlossenheit einer in ihren Programmen entsprechend orientierten Parteienkonstellation zurückzuführen waren oder ob hier die Parteien der Koalition und die Regierung als deren politisches Handlungsorgan eine durch sie höchstens politisch verstärkte Grundstimmung in der Bevölkerung exekutierten. Wer die jahrelangen außerparlamentarischen Auseinandersetzungen zu diesem Bereich verfolgte, wird eher das letztere als das erste für zutreffend halten. Nicht zuletzt deshalb hatte der vornehmlich gegen die sozialliberale Koalition und hier einseitig gegen die sozialdemokratische Partei gerichtete Widerstand der Kirche in der Wahl des Adressaten etwas Unwirkliches an sich.

Ob die *sozial- und bildungspolitischen Reformen* – vom Ausbau des Bafög bis zur Mitbestimmung – von den Unionsparteien teils mitgetragen, teils heftig bekämpft – als politischer Erfolg von langfristig positiver Wirkung zu sehen sind, ist, vom weiterentwicklungsfähigen Mitbestimmungsgesetz abgesehen, zumindest zweifelhaft.

Daraus eine „Dekade des Niedergangs“ (*Rüdiger Altmann*) zu machen wäre ebenso verkehrt wie die Behauptung, die dreizehn Jahre sozialliberaler Koalition hätten „die deutschen Bürger mit Demokratie erst wirklich ver-

traut gemacht“ (*Hans Heigert*), es sei denn, man schränke diese Feststellung wie Heigert dies, wenn auch verhalten, tut, auf dem Umstand ein, daß erst mit dem Wechsel zur sozialliberalen Koalition auch „die andere Hälfte der politisch interessierten und orientierten Bevölkerung ihren Entwurf von Politik mit ihren Vertretern in den Tag umsetzen konnte“ und die Bundesrepublik damit erst beweisen konnte, daß sie des *demokratischen Wechsels* ohne innenpolitische Erschütterungen überhaupt fähig war.

Aber auch dann bleiben allein schon die „beiden Hälften“ eine problematische Einteilung. Es gab nur zeitweise, zu Beginn der Kanzlerschaft Brandt und in diesen ersten Regierungsjahren so etwas wie eine *Reform- und Aufbruchstimmung*. Aber sie hat in der Breite der Bevölkerung nicht lange angehalten. Es regierte das freisinnig-sozialdemokratische Bündnis, aber die Grundstimmung blieb auch zur Zeit der sozialliberalen Koalition *ausgeprägt konservativ*. Die Mehrheit der Bürger hatte bis in die Reihen der Unionsparteien hinein nichts dagegen, daß gesellschaftliche Verkrustungen aufgelöst und Leitbilder in Politik umgesetzt wurden, die der eigenen Lebensphilosophie entsprachen. Aber ein *alternatives Politikmodell* gar einer ganzen Hälfte der Bevölkerung hat es nie gegeben. Eher versuchen das jetzt auf ihre Weise die Grünen und seit längerer Zeit schon Minderheiten unter Sozial- und Liberaldemokraten, durch deren Integration Brandt nun durch eine neue „Mehrheit links von der Union“ sucht. Damit ist die Frage verknüpft, ob durch den zweifellosen *ostpolitischen Erfolg* der Regierung Brandt und die damit verbundene Aufbruchstimmung nicht bis heute verdeckt geblieben ist, daß die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition insgesamt gesehen so groß und so erfolgreich, wie sie auch anlässlich des jetzigen Koalitionswechsels in vielen Kommentaren dargestellt wurde, gar nicht war. Ein so guter Kenner der Geschichte der sozialliberalen Koalition wie *Arnulf Baring* kommt immerhin zu dem Urteil, die Ostpolitik sei letztlich der einzige von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung getragene politische Erfolg der sozialliberalen Koalition von historischem Rang.

Zu einem *Gesamturteil* über diese Zeit gehören zudem zwei weitere Gesichtspunkte: der zweite Kanzler dieser Koalition agierte die meiste Zeit auf einem politisch eher künstlichen Fundament. Er regierte, fast im Stil eines Unionskanzlers, häufig mit Hilfe des Koalitionspartners gegen die eigene Partei. Gerade das machte es allerdings der Union schwer, *die Regierung* glaubhaft anzugreifen, weil die konservative Grundstimmung in der Person Schmidts und dessen nationales wie internationales Ansehen mitregierte. Diesem Umstand und nicht dem einer klar alternativ denkenden anderen politischen „Hälfte“ hatte die Koalition ihre Dauer zu verdanken. Und trotzdem: Helmut Schmidt hatte nie die plebiszitäre Wählerunterstützung, die seinem Ansehen, das international auch davon profitierte, daß es anderswo in den letzten zehn Jahren an hochrangigen Führungsfiguren fehlte, und national von dem fast unbegrenzten Respekt konservativer Funktionäre und Publizisten vor Macherqualitä-

ten zehrte, entsprochen hätte. Er blieb in Wahlen durchwegs zweiter Sieger und konnte sich als Gewinner *nur* als Koalitionskanzler behaupten. Mehr ließ die stets nur begrenzte Reputation seiner Partei nicht zu. Den Sozialdemokraten wird diese durch den Koalitionswechsel noch einmal verdeckte *unechte Mehrheitsfähigkeit* in der Nach-Schmidt-Ära noch lange zu schaffen machen.

## Denkfaule Union

Mehr verdeckt als geklärt wurden durch den Koalitionswechsel auch die *Verhältnisse in der Union*. Gemeint ist damit nicht das Verhältnis des „Rests“ der Union zu dessen bayerischem Partner. Die Christlich-Sozialen und vor allem ihr Vorsitzender gehörten nicht zu den Gewinnern der Koalitionsverhandlungen. Sie könnten der Gesamtunion erst wieder habhaft werden im Falle eines schiefen, für die Freien wie für die Christdemokraten mageren Wahlergebnisses im März nächsten Jahres. Die Führungsfrage ist personell einstweilen geklärt; die Probleme der Union liegen auch politisch nicht dort. Im Gegenteil: Was ihr erster Mann an gegenwärtig herrschender Stimmung verkörpert, ist im Blick auf Wahlen ein beträchtliches Kapital. Kohl ist kein geringerer Populist als Strauß, nur „gesamtdeutsch“ sehr viel wirksamer. Er hat Gespür für Stimmungen und versteht Zustimmung daraus zu machen. Insoweit „stimmen“ auch die politischen Ziele. Das reicht vielleicht für ein gutes Wahlergebnis gegenüber einer Sozialdemokratie, die sich nicht mehr hinter einem „bürgerlichen“ Kanzler verstecken kann. Aber langt es für die politische Führung des Landes in der gegenwärtigen Situation? Wir befinden uns im Schnittpunkt zweier Kontraste: Eine überlebensängstliche Fortschrittsfeindlichkeit trifft auf eine sich immer noch zuspitzende Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungskrise. Zugleich hat ein Großteil einer insgesamt in großzügiger Selbstverwirklichung lebenden Bevölkerung die Schärfe der Krise noch nicht realisiert. In dieser Situation bedarf es nicht nur eines verständlichen Gesamtkonzepts, sondern auch vieler Überzeugungsarbeit im Detail.

Etwas von einem zustimmungsfähigen Gesamtkonzept ist in der Regierungserklärung spürbar gewesen: in Gestalt einer auf mehr Subsidiarität und Selbstverantwortung aufbauenden *Erneuerung von Solidarbereitschaft*. Aber der Großteil der Bevölkerung will in diese Richtung nicht gedrängt, er muß überzeugt werden. Obwohl es den Christlichen Demokraten in der Ära Kohl-Biedenkopf-Geißler am Bemühen um programmatische Aussagen nicht gefehlt hat, läßt sich das Gros ihrer Führungsschicht wie die gesamte Partei *in der praktischen Politik* nach wie vor von einem oberflächlichen Pragmatismus leiten. Eine denkfaule Union kann als Regierungspartei in nächster Zeit aber weder in der Friedensfrage noch in der Umweltproblematik, noch in der Straffung des Sozietats bestehen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß eine Partei in der Regierung politisch zielsicherer und intellektuell beweglicher wird als in der Opposition.

D. A. Seeber